

Wichtige baurelevante Punkte im Regierungsprogramm 2025-2029 Bewertung und Anmerkungen der GS Bau

Legende: + positiv - negativ o neutral (bzw. sowohl Vor- als auch Nachteile)

Seite	Textauszug Regierungsprogramm 2025-2029 vom 27.2.2025	Bewertung GS Bau	Anmerkungen GS Bau
20	Wirtschaft & Arbeit		
	<ul style="list-style-type: none"> Ab 2025 wird eine steuerfreie Prämie für Mitarbeiter:innen bis zu 1.000 € (ohne Kollektivvertragbindung) iHv 125 Mio € eingeführt. 	o	
	<ul style="list-style-type: none"> Offensive "sauberes Österreich" - Verlagerung des Transports auf die Schiene. 	o	siehe Seite 158
	<ul style="list-style-type: none"> NOVA-Befreiung für alle N1-Fahrzeuge (leichte Nutzungsfahrzeuge) ab 01.07.2025. 	+	
24	Steuerfreie MA-Prämie:		
	<ul style="list-style-type: none"> Einführung einer verbesserten steuerfreien MA-Prämie (bis zu € 1.000 - freigestellt, nicht gesetzt), für 2025 & 2026. 	o	
25	Lohnnebenkosten		
	<ul style="list-style-type: none"> Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Senkung der Lohnnebenkosten 	+	
25	Ausnahme NoVA N1/Klein-LKW:		
	<ul style="list-style-type: none"> Befreiung N1/Klein-LKWs von der NoVA ab 01.07.2025. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> „Heimfahrerregelung“: Klarstellung einer praktikablen Regelung für „Heimfahrer“ mit Klein-LKWs. 	+	Sachbezug wird hinterfragt
25	Sonderabschreibungen		
	<ul style="list-style-type: none"> Abschreibungen auf Ausrüstungsinvestitionen sowie Bauinvestitionen mit Fokus auf Sanierung prüfen. 	+	
26	Vereinfachung des Steuerrechts, insbes. der Lohnverrechnung und der Arbeitnehmerveranlagung		
	<ul style="list-style-type: none"> Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes, der Lohnverrechnung und der Arbeitnehmerveranlagung 	+	
30	Konjunkturpaket		
	<ul style="list-style-type: none"> Maßnahmen für leistbare, konkurrenzfähige und stabile Energiepreise 	+	

31	Impulse zur Vorziehung von Investitionen zur Konjunkturbelebung 2025 <ul style="list-style-type: none"> Um die schwächelnde (Bau-)Konjunktur zu stützen, werden halb-öffentliche und öffentliche Investitionen nach Möglichkeit in der bestehenden Budgetrahmenplanung (nicht strukturell budgetrelevant) vorgezogen bzw. beschleunigt - mit einem besonderen Fokus auf den Hochbau. 	+	
31	Modernisierung Gewerberecht: <ul style="list-style-type: none"> Das Zugangsinstrument der „Individuellen Befähigung“ soll gestärkt werden. Dazu soll eine Evaluierung der Vollziehungssystematik der individuellen Befähigung erfolgen. 	+	Textierung bietet die Chance, das Konzept <i>Berufszugang Baugewerbetreibende</i> der BI Bau österreichweit zu implementieren und den Befähigungsnachweis praktikabel zu gestalten.
32	Einheitliche Vollziehung der GewO sicherstellen: <ul style="list-style-type: none"> Die Bundesregierung bekennt sich zur Gewährleistung der einheitlichen Vollziehung der Gewerbeordnung österreichweit bei allen Bezirkshauptmannschaften und Magistraten durch Richtlinien bzw. Erlässe des zuständigen Bundesministeriums. 	+	Verhinderung von Anmeldetourismus
32	Entbürokratisierung <ul style="list-style-type: none"> Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Bürokratiebremse sowie zur transparenten Darstellung von Bürokratiekosten. 	+	
33	<ul style="list-style-type: none"> Deregulierungsbeauftragter <ul style="list-style-type: none"> Zentrale Anlaufstelle für Vorschläge zur Entbürokratisierung 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> Weitere Etablierung des Grundsatzes „Beraten statt Strafen“ im Bereich unternehmerischer Auflagen. <ul style="list-style-type: none"> Die Bundesregierung bekennt sich zu einer Bürokratiebremse und setzt sich auf EU-Ebene für ein Screening und für die Aufhebung unverhältnismäßiger Regulierung und unverhältnismäßiger Berichtspflichten ein. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> Überführung der SchwellenwertVO ins Dauerrecht sowie Valorisierung der Schwellenwerte (EUR 200.000 für Direktvergabe im Baubereich, EUR 2 Mio. für nicht offene Verfahren im Baubereich sowie EUR 150.000 im Bereich Lieferungen und Dienstleistungen). 	+	
33	Qualifizierungsoffensive <ul style="list-style-type: none"> (Auf-)Qualifizierung bestehender Beschäftigter, inkl. Aufqualifizierung in Richtung Lehrabschluss sowie Antritt zur LAP. 	+	
36	Lehre und Berufsbildung - Gleichwertige Finanzierung der berufsbildenden Ausbildung im Vergleich zur schulischen Ausbildung und Gleichstellung in der gesellschaftlichen Anerkennung: <ul style="list-style-type: none"> Bessere Rahmenbedingungen insbesondere durch die Förderung der Vorbereitungskurse für Meister- & Befähigungsprüfungen werden geschaffen. 	+	

	<ul style="list-style-type: none"> • Modernisierung der Berufsschulen (E-Learning, Einführung eines Modulsystems und Prüfung der Aufhebung der Schulsprengel, um eine ortsunabhängige Berufswahl zu ermöglichen) 	○	
37	Reform der Lehrabschlussprüfung (LAP)	○	
	<ul style="list-style-type: none"> • Musterprüfungen online zugänglich machen 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> • Übernahme der Kosten für die Lehrabschlussprüfung (Prüfungstaxe) außer nach unentschuldigtem Fernbleiben bei einem angemeldeten Termin, • Entwicklung und Testung von Möglichkeiten, Prüfungsteile der Lehrabschlussprüfung online bereits während der Lehrzeit zu absolvieren und Weiterentwicklung des Systems der Teilprüfungen. 	○	
39	Unternehmerische Innovation	○	
	<ul style="list-style-type: none"> • Forschungsprämie als wichtigen Standortfaktor in der jetzigen Form absichern. 		
48	Digitaler Tiefbauatlas		
	<ul style="list-style-type: none"> • Ein wesentliches Instrument zur besseren Planung von Infrastrukturprojekten ist die Einrichtung eines österreichweiten Tiefbauatlas. Konkret wird die umfassende Umsetzung eines bundesweiten digitalen Tiefbauatlas‘ für alle geplanten öffentlichen und privaten Infrastruktur-Tiefbauprojekte der Energieversorger, Gebietskörperschaften und Netzbetreiber durch Zusammenführung der bestehenden öffentlichen Ausbau-Register gefordert, um maximale Ressourcenschonung und Beschleunigung bei Infrastrukturarbeiten durch umfassende Baukoordination herzustellen. 	+	Absicherung vor Schadenersatzhaftungen bei Beschädigung von Einbauten
48	Genehmigungsbeschleunigung UVP-G		
	<ul style="list-style-type: none"> • Zeitgemäße Regelungen über die Bildung von Bürgerinitiativen in Anlehnung an die Vorgaben bei Volksbegehren sowie die Definition des konkreten Betroffenenkreises, insbesondere hinsichtlich der Beschwerdeerhebung 	+	
51	Preisbildung und Wahrung des öffentlichen Interesses an leistbarer und wettbewerbsfähiger Energie		
	<ul style="list-style-type: none"> • Einsatz auf europäischer Ebene zur Überarbeitung des europäischen Preisbildungsmechanismus (merit-order) 	+	
57	Maßnahmen zur Umsetzung der Gebäudeeffizienzrichtlinie:		
	<ul style="list-style-type: none"> • Reduktion des Primärenergieverbrauchs bei Wohngebäuden gemäß den ambitionierten Zielen aus der EU-Gebäuderichtlinie • Evaluierung und Weiterentwicklung des Förderrahmens für thermische Sanierungen und Heizungstausch im Sinne besserer Kosteneffizienz und Optimierung für mehrgeschoßige Gebäude. Dabei soll die soziale Treffsicherheit berücksichtigt werden. 	○	Potenzial für Sanierungsoffensive, Risiko der Übererfüllung
		-	Kriterium „soziale Treffsicherheit“ ist kontraproduktiv
58	Baukonjunktur		
	<ul style="list-style-type: none"> • Die Bundesregierung bekennt sich zur Stärkung der Baukonjunktur (Neubau und Sanierung) mit Fokus auf leistbarem Wohnraum sowie zur wirtschaftlichen Bedeutung 	+	

	eines funktionierenden Bau- und Immobiliensektors, auch zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen.		
	<ul style="list-style-type: none"> • Effizientes und nachhaltiges Bauen durch eine Evaluierung mit dem Ziel einer Reduktion von kostentreibenden Anforderungen ermöglichen, um Wohnkosten zu reduzieren. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> • Vorschriften und Regelungen für das Bauen und Sanieren einer Kosten-Nutzen-Analyse im Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern vereinfachen. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> • Baustandards durchforsten im Dialog mit Praktikerinnen und Praktikern, Technikerinnen und Technikern und den Ländern mit dem Ziel einer Vereinfachung unter gleichzeitiger Beibehaltung der Schutzstandards. 	+	siehe BI Bau-Forschungsprojekt „Bauen außerhalb der Norm“
	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzlich verankerte, praxisnahe und wirtschaftliche Klarstellung der Begriffe “Regeln der Technik” und ”Stand der Technik” und ihrem Zusammenhang. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinfachung und Beschleunigung von Bauverfahren. <ul style="list-style-type: none"> ○ Setzen von Maßnahmen zur Beschleunigung von Bauverfahren, insbesondere durch eine Digitalisierungsoffensive (z.B. “Digitaler Akt”) zur Verbesserung der Einsichtsmöglichkeiten und zur besseren Abstimmung zwischen Behörde und Bauträger. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> ○ Die Länder werden ersucht, Genehmigungspflichten zu durchleuchten, um die Vereinfachung und Beschleunigung von 59 Baugenehmigungsverfahren zu ermöglichen - z.B. durch einen Ausbau der Anzeigepflichten 	+	
59	Baukonjunktur <ul style="list-style-type: none"> • Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung und damit gesicherte und dauerhafte Wohnbaufinanzierung. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> • Laufende Evaluierung des aktuell laufenden Wohnbaupakets und darauf basierend Prüfung weiterer allfälliger Wohnbaumaßnahmen u.a. unter Berücksichtigung des kommunalen Wohnbaus. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> • Prüfung der Schaffung neuer Finanzierungsinstrumente für Wohnbauinvestitionen, um gezielt langfristige Darlehen, niedrige Fixzinsen und damit stabile Wohnkosten zu ermöglichen. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> • Vielfalt im Gebäudesektor durch die Ermöglichung innovativer und neuer Baukonzepte erhöhen. 	+	
59	Sanierung und Dekarbonisierung <ul style="list-style-type: none"> • Die Bundesregierung wird die thermisch-energetische Sanierung sowie den Heizungstausch weiter durch treffsichere steuerliche Anreize sowie Förderprogramme unterstützen. Hierzu sollen die bestehenden Maßnahmen und Fördertöpfe evaluiert und weiterentwickelt werden. 	+	

	<ul style="list-style-type: none"> Prüfung einer Sanierungsoffensive für mehr qualitativ hochwertigen Wohnraum: Sowohl steuerlich als auch rechtlich werden Maßnahmen geprüft, die eine Sanierung und Attraktivierung von Bestandsgebäuden bzw. Bestandswohnungen zum Ziel haben. 	+	
60	Bodenpolitik <ul style="list-style-type: none"> Die Bundesregierung bekennt sich zu einer ausgewogenen und nachhaltigen Bodenpolitik, um die Ziele eines sparsamen Bodenverbrauches und einer nötigen Baulandmobilisierung sowie angemessene Bodenpreise zu erreichen. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> Unternehmen, die dem Bund mehrheitlich gehören, werden angeleitet, ihren Bestand an ungenutzten Grundstücken für geförderten Wohnbau, Schulen, Sportstätten, infrastrukturelle und soziale Einrichtungen und Gesundheitszentren zu nutzen (Eigenentwicklungen) bzw. zur Verfügung zu stellen (Liegenschaftsvergaben). 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> Aufnahme von Gesprächen mit den zuständigen Gebietskörperschaften, um - im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden - die Neuversiegelung einzudämmen, Baulandüberhänge zu reduzieren und Entsiegelungsmaßnahmen zu forcieren. 	○	
	<ul style="list-style-type: none"> Im Zusammenwirken der Gebietskörperschaften soll eine bundesweite und objektiv vergleichbare Begriffsdefinition von „Bodenversiegelung“, „Bodeninanspruchnahme“ und „Bodenverbrauch“ geschaffen werden. 	+	
60	Förderungen <ul style="list-style-type: none"> Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel, Förderungen im Bereich Wohnen auf allen Ebenen besser zu koordinieren, transparenter und treffsicherer auszugestalten und Doppelgleisigkeiten und Widersprüchlichkeiten zu beseitigen. 	○	
61	Förderungen <ul style="list-style-type: none"> Gesamtevaluierung der Bundesförderungen im Zusammenhang mit vorhandenen Landesförderungen im Hinblick auf Doppelförderungen und Beihilfen im Bereich Bauen, Wohnen und Wohnkosten. 	○	
61	Eigentumserwerb <ul style="list-style-type: none"> Wirkungsprüfung und Evaluierung der derzeit laufenden Finanzierungsprogramme (geförderte Darlehen) der Bundesländer auch im Zusammenhang mit dem Wohnbauprogramm 2024. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> Vor diesem Hintergrund soll bei Bedarf ein bundeseinheitliches Wohnbaukreditprogramm für junge Menschen geschaffen werden. Dieses soll gemeinsam mit Finanzierungsinstitutionen erarbeitet werden und durch Annuitätzuschüsse eine günstige Finanzierung ermöglichen 	+	
64	Leistbare Mieten <ul style="list-style-type: none"> Um der Bedeutung des Wohn- und Immobilienwesens als Querschnittsmaterie gerecht zu werden, wird die Bundesregierung ein beratendes ehrenamtliches Gremium unter Einbeziehung u.a. der betroffenen Ressorts, Vermieter- und Mieterverbände, Interessenvertretungen und Sozialpartner einrichten, dessen Aufgabenstellung es ist, 	+	

	den weiteren Handlungsbedarf im Sektor festzustellen und einer Regelung zuzuführen.		
97	Lohn- und Sozialdumping		
	<ul style="list-style-type: none"> • Vollziehung von Strafen im Ausland: Bewusstseinsbildung über bestehende unionsrechtliche Möglichkeiten. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> • Deregulierung: <ul style="list-style-type: none"> ○ E-Declaration einführen und Ausnahmeregelungen für sensible Branchen (z.B. Bau) sicherstellen. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> ○ Ausnahmen für kurze Dienstreisen. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> ○ Entlastung bei A1-Formularen etc. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> ○ Überarbeitung, Vereinfachung und Vereinheitlichung von Formularen (z.B. ZKO 3- und ZKO 4-Formulare). 	○	
	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitskräfteüberlassung: <ul style="list-style-type: none"> ○ Vermeidung von Missbrauch im Falle der Insolvenz des Überlassers (§ 14 Abs 3 AÜG) zur Entlastung des Insolvenzentgeltfonds. 	-	Gefahr von Haftungen für Beschäftigter
97	Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerschutz		
	<ul style="list-style-type: none"> • Eigene Schutzverordnung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Freien arbeiten (nicht hitzefrei). 	-	
97	Rechtssicherheit		
	<ul style="list-style-type: none"> • Bei Kündigungsfristen (§ 1159 ABGB) unstrittige KV-Ermächtigung schaffen. 	+	
100	Faire Pensionen inkl. Schwerarbeit		
	<ul style="list-style-type: none"> • Überarbeitung der Schwerarbeit. 	○	
	<ul style="list-style-type: none"> • Entbürokratisierung der Schwerarbeit: <ul style="list-style-type: none"> ○ Dokumentationsaufwand vereinfachen. 	○	Meldung erfolgt über BUAK
124	Verwaltung		
	<ul style="list-style-type: none"> • Reform des Vergaberechts durch Stärkung der Eignungskriterien und des Bestbieterprinzips sowie Entbürokratisierung. 	+	
130	Gesamtreform ORF		
	<ul style="list-style-type: none"> • Der ORF muss weiter sparen und dafür darf der ORF-Beitrag bis 2029 nicht erhöht werden. 	-	Die Mehrfachbelastung von Baubetrieben (Baustellen > 6 Monate) ist nicht erwähnt
145	Aktive, nachhaltige Waldbewirtschaftung		
	<ul style="list-style-type: none"> • Fokus in öffentlichen Bauprojekten auf Holzbauweise: Beim Neubau öffentlicher Gebäude soll die Nutzung von Holzbauweisen attraktiviert werden. 	-	Einseitige politische Forcierung eines Baustoffs sachlich nicht gerechtfertigt
146	Finanzierung von Investitionen in die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sicherstellen		
	<ul style="list-style-type: none"> • Eine nachhaltige Finanzierung der Siedlungswasserwirtschaftsinfrastruktur ist im Finanzausgleich zu berücksichtigen. 	+	

151	Belebung der Ortskerne, Wohnen & Infrastruktur		
	<ul style="list-style-type: none"> Um Leerstand in Ortskernen zu vermeiden und das baukulturelle Erbe zu erhalten, wird die Nutzung und Revitalisierung historischer Gebäude erleichtert und die Bürokratie abgebaut. 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> Schaffung von leistbarem Wohnraum durch Zweckwidmung der Wohnbauförderung. Der Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur und der öffentlichen Mobilität wird weiter vorangetrieben. 	+	
152	Bodenverbrauch		
	<ul style="list-style-type: none"> Die Bundesregierung bekennt sich zu einem sorgsamem Umgang mit der Ressource Boden und zur Reduktion des Bodenverbrauchs. Die Maßnahmen der von den Bundesländern beschlossenen Bodenstrategie sind eine geeignete Basis für die dafür notwendigen solidarischen Anstrengungen und die Festlegung von Zielpfaden. Die koordinierende Funktion der ÖROK wird in diesem Zusammenhang wieder gestärkt und ausgebaut, um gemeinsame Arbeiten auf Augenhöhe und unter wissenschaftlicher Begleitung voranzutreiben. Die Bundesregierung bekennt sich dazu den Bodenverbrauch effektiv auf 2,5 ha pro Tag zu reduzieren. Zu diesem Zweck sollen Planungs- und Widmungskompetenzen stärker auf Landesebene gebündelt und ein klarer Zielpfad bis Ende 2026 entwickelt werden. 	+	
157	Kreislaufwirtschaft		
	<ul style="list-style-type: none"> Das Abfallwirtschaftsgesetz (AWG) wird mit dem Ziel einer Prozessoptimierung und einer gesteigerten Verfahrenseffizienz evaluiert und gegebenenfalls angepasst. Evaluiert wird etwa die mögliche Vereinfachung der Abfallde- Vorschriften. 	+	
158	Kreislaufwirtschaft		
	<ul style="list-style-type: none"> Evaluierung des Mülltransports per Schiene (insbesondere für die kurzen Distanzen). 	+	siehe Seite 20
160	Bodenschutz		
	<ul style="list-style-type: none"> Die Bundesregierung bekennt sich zum bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit Boden, Flächeninanspruchnahme und Versiegelung sowie zu regional differenzierten Zielen, welche die Reduktion des Flächenverbrauchs konsequent vorantreiben. 	+	regional differenzierte Ziele
161	Bodenschutz		
	<ul style="list-style-type: none"> Um eine nachhaltige Reduktion sicherstellen zu können, müssen vier Schwerpunkte verfolgt werden: Schutz von Frei- und Grünland, Unterbindung der Zersiedlung, effiziente Innenentwicklung inkl. Entsiegelungsmaßnahmen sowie Intensivierung der Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit. 	○	

	<ul style="list-style-type: none"> Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz soll eine Evaluierung und Umsetzung eines Aktionsplans in Bezug auf die vier Schwerpunkte durchgeführt werden. 	○	
	<ul style="list-style-type: none"> Mittels eines dreijährigen Fortschrittsberichts aus dem bundesweit einheitlichen Flächenmonitoring sollen Trends erkannt und gegebenenfalls Handlungen abgeleitet werden. 	○	
167	Bahn & Bahninfrastruktur <ul style="list-style-type: none"> Sicherung der kontinuierlichen Finanzierung des ÖBB-Rahmenplans 	+	
169	Straße - Straßenbau <ul style="list-style-type: none"> Zur Ankurbelung der heimischen Wirtschaft sowie zur dringend notwendigen Entlastung der Bevölkerung von Durchzugsverkehr und dessen negativen Begleiterscheinungen sollen Autobahnen und Schnellstraßen (im Bundesstraßengesetz angeführt), die bereits über eine Genehmigung verfügen (z.B. S1 Spange), schnellstmöglich realisiert werden und anhängige Verfahren und Planungen zügig weitergeführt werden. 	+	
172	Innovation im Verkehr <ul style="list-style-type: none"> Technologieoffenheit und Innovationskraft sind für die Zukunft der Mobilität wichtiger denn je. Deshalb schaffen wir die besten Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Implementierung neuer umweltfreundlicher Technologien wie Wasserstoff, Elektromobilität, erneuerbare Kraftstoffe inkl. deren Beimengung oder E-Fuels und die Förderung neuer Konzepte. 	+	
177	Forschungsprämie <ul style="list-style-type: none"> Die Forschungsprämie soll als wichtiger Standortfaktor in der jetzigen Form abgesichert und für eine künftige Weiterentwicklung evaluiert werden. 	○	
190	Lehrpersonal: Attraktivität des Berufs, Ausbildung, Fortbildung <ul style="list-style-type: none"> Der Unterricht von Praxisfächern durch Fachleute aus der Praxis wird forciert (BHS und BMHS). 	+	
	<ul style="list-style-type: none"> Quereinstieg attraktiver machen durch größtmögliche und nachvollziehbare Anrechnung von Vordienstzeiten aus der Privatwirtschaft. 	+	
192	Berufsschulen stärken <ul style="list-style-type: none"> Für Schülerinnen und Schüler aus höherbildenden Schulen ohne Abschluss soll der Umstieg in die Lehre erleichtert werden, indem die Anrechnung von Lehrinhalten vereinfacht wird. 	+	